

Kraukauer Zeitung.

Nr. 20.

Samstag, den 25. Jänner

1862.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., mit Verlegung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inzerationsgebühr im Inland für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für 10 Nkr. — Inzerat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

VI. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 19. Jänner d. J. die königlich siebenbürgischen Gouvernementsrathen Johann Freiherrn v. Bornemisza und Alexius v. Nagy ihres Amtes zu entheben und die disponiblen Ober-Landesgerichtsrath Eduard Herberst, den Protokollrath Alois Papp de Maros-Gisgöd und Jakob Polloga, endlich den Director des Expedites der königlich siebenbürgischen Hofkanzlei Ladislaus Koronka de Giti, S. J. Jvany zu provisorischen Rathsmitgliedern des königlich siebenbürgischen Gouvernements zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 13. Jänner d. J. dem Bezirksrath in Beglia Dr. Johann Baptist Cubich in Anerkennung seines vielfältigen eifrigen und erprießlichen Wirkens zum Wohle der lebenden Menschheit das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Kraukau, 25. Jänner.

Gestern wurde auf telegraphischem Wege die Aeußerung der „Times“ gemeldet, daß Frankreich zwei die einzige Macht sei, welche ein „beträchtliches Truppenkorps“ nach Mexiko sende, daß es ferner die „Leitung der militärischen Expedition“ übernehmen und wahrscheinlich die Hauptstadt für längere Zeit okkupiren werde, daß aber England hierzu seine volle Zustimmung gebe, selbst wenn die französische Besetzung Mexiko's ein oder zwei Jahre dauern sollte. Man will darin den Beginn einer französischen Intervention oder die Absicht erblicken, für diesen Fall eine vortheilhafte Position zu erwerben. Mit der Landung eines französischen Truppenkorps in Vera-Cruz erhalten die beiden Allirten eine strategische Operationsbasis in der Nähe des amerikanischen Kriegsschauplatzes, und für den Fall, daß der Bürgerkrieg sich in die Länge ziehen sollte und ihnen eine Ermüdung gefiele, gäben ihnen die Position in Mexiko nicht bloß ein Terrain und einen Sammelplatz zur militärischen Operation, sondern möglicherweise auch einen politischen Vorwand. Hierin liegt wohl auch die Erklärung, warum die „Times“ sich so zufrieden die Hände reibt bei der Aussicht, daß Frankreich ein oder zwei Jahre Mexiko okkupiren könnte.

Der Moniteur vom 21. d. weist in seinem Bulletin auf die feindselige Stimmung hin, welche sich seit der Freilassung der H. Mason und Slidell sowohl im Congresse, wie auch in den großen Städten des amerikanischen Nordens, namentlich in Newyork ziemlich unverhohlen kundgebe. Ferner erwähnt dasselbe Bulletin der Note Lord Russel's über die Zerstörung des Hafens von Charleston, ohne jedoch einer gleichen Note Erwähnung zu thun, welche nach den Mittheilungen verschiedener Blätter von Hrn. Thouvenel an den französischen Gesandten in Washington soll erlassen worden sein.

Die Zerstörung des Hafens von Charleston beschäftigt fortwährend die Londoner Blätter. Der toryistische „Morning Herald“ äußert sich entrüstet darüber, daß Graf Russel sich und sein Vaterland lächerlich mache, daß er, anstatt zu handeln, sich mit Vorstellungen und Beschwerden begnüge. Nachdem sein Schreiben außer Stande gewesen, die Zerstörung des Hafens von Charleston zu verhindern, wolle er Savannah abermals durch Schreiben und nur durch Schreiben retten. Es sei Zeit, daß England ein wenig weniger altweiberhaften Staatssecretair des Auswärtigen bekomme. Die Washingtoner Regierung müsse gezügelt werden. England müsse einige Kriegsschiffe vor jeden südlichen Hafen hinstellen, um die Versenkung von Steinflotten zu hindern; es müsse die gegen Charleston begangene Grausamkeit strafen, indem es Charleston und jeden anderen Hafen der Confederation dem neutralen Handel schliesse. Frankreich werde von ganzem Herzen mit England gehen, und folglich werde kein Krieg entbrennen, da ein Krieg gegen die zwei großen Mächte der Welt selbst für die Unwissenheit von Newyork und die Beweglichkeit von Massachusetts ein zu zweifelhaftes Wagniß wäre. — Der friedensfreundliche „Morning Star“ andererseits belobt den gemäßigten Ton und die humane Tendenz des Russel'schen Schreibens. Er will annehmen, daß diejenigen, die wegen des Hafens von Charleston die Sturmglöcke läuteten, wirklich nur aus einem Gefühl von Menschlichkeit handelten; er will vergessen, daß dieselben Lärmmacher bei anderen Gelegenheiten, d. h. wo Englands Interesse im Spiel gewesen, jede Mahnung zur Humanität als ekelhafte Empfindlichkeit zu brandmarken gesucht; er will hoffen, daß ihre plötzliche Belehrung eine aufrichtige sei u. s. w. Die Hauptfrage, ob der Hafen von Charleston wirklich zerstört worden, scheint den verbissenen Unionsfeinden keiner Untersuchung werth. Aber in „Daily News“ wird auf folgende Stelle in einer Cor-

respondenz der „Times“ aus Amerika aufmerksam gemacht: Am 26. Dezember ist es dem considerirten Kaper „Ella Warley“ alias „Isabel“ nach mehreren Versuchen gelungen, fortzufahren, obgleich 11 föderalistische Kriegsschiffe vor Charleston lagen. Der „Pogonhos“ machte Jagd, gab sie aber wieder auf. Am 2. Jänner kehrte die „Isabel“, obgleich gejagt und mit Bomben beschossen, wieder nach Charleston zurück. Wie könne ein Hafen unzugänglich gemacht sein, den man mit 11 Kriegsschiffen nicht hermetisch zu bloßiren vermöge?

Das ministerielle Sonntagsblatt „Observer“ schildert, wie der Zustand Nordamerika's die traurigsten Folgen nicht nur für den Norden und Süden der transatlantischen Republik, sondern auch für Tausende von Arbeitern in England und Frankreich habe und selbst den Wohlhabenden Ungelegenheiten verursache. Die Schilderung läuft darauf hinaus, zu erklären, daß eine Intervention Frankreichs und Englands zwischen den streitenden Theilen in Amerika gewiß nicht gegen das Interesse, sondern im Gegentheil zum Nutzen aller europäischen Staaten sein werde, und zwar nicht bloß eine friedliche versöhnende Intervention, sondern eine solche, die nicht Anstand nehme: „dem traurigen und ziellosen Kriege nöthigenfalls sogar durch ein zweites Navarin ein Ende zu machen.“

Wie die „Opinion nationale“ unter allem Vorbehalt mittheilt, ist die englische Regierung entschlossen, bei Eröffnung der nächsten Parlamentsitzung, die Frage über die Anerkennung der Südstaaten in kategorischer Weise den beiden Häusern vorzulegen. Die Regierung wolle auf einer bestimmten Entscheidung hierüber in dem einen oder dem andern Sinne.

Nach der „FP.“ soll sich Hr. Dayton, der Gesandte der Union in Paris, von Hrn. Thouvenel eine Erklärung darüber erbeten haben, warum er nicht zu dem letzten Ball in den Tuilerien eingeladen worden sei.

Baron Ricasoli sagt in der unterm 3. d. an die diplomatischen Agenten des Turiner Cabinets erlassenen ziemlich ausgedehnten Circulardepeche über die Lage Italiens und den Gang der Ereignisse, Betreffende der römischen und italienischen Frage: „Trotz der Schwierigkeiten, auf die wir stoßen, hat die Kammer von Neuem erklärt, daß Rom für die Einheit und Ruhe Italiens notwendig sei. Aber zugleich hat sie ihre Aufmerksamkeit dem von der k. Regierung vorgelegten Documente geschenkt und erklärt, daß die Nation aufrichtig der Religion ergeben und mit größter Bereitwilligkeit die sichersten Garantien geben will, welche das katholische Gewissen für die Würde und Unabhängigkeit des h. Vaters verlangen kann. Mit nicht geringerer Festigkeit und Mäßigung hat sich die Kammer über Venetien ausgedrückt. Wenn sie dem Ministerium die Betreibung der Rüstungen anempfehl, so hat sie dadurch nicht etwa einen vorzeitigen Conflict herausfordern, sondern Europa nur zeigen wollen, daß Italien seine Kräfte ins Gleichgewicht mit den Anforderungen seiner Lage zu setzen strebt und daß es im Uebrigen der Weisheit der Regierung die Wahl der Gelegenheit und Mittel überläßt, die sie für geeignet hält, in wirksamer Weise die Wiedererwerbung jenes Theiles des italienischen Gebietes herbei zu führen.“

Die Abreise Victor Emanuel's nach Neapel ist, wie der „Pungolo“ meldet, auf die ersten Tage des Monats Februar festgesetzt. Se. Majestät wird vom Prinzen Oscar von Schweden begleitet werden.

Man schreibt dem Contemporaneo aus Paris: „Die Reize des Prinzen Oscar von Schweden nach Turin soll ein Heirathesproject mit der zweiten Tochter Victor Emanuel's nicht zum alleinigen Zweck haben. (Prinz Oscar ist mit einer Prinzessin von Nassau vermählt!) Man behauptet, Kaiser Napoleon sehr mit Vergnügen das Zustandekommen eines politischen Bündnisses zwischen den skandinavischen Mächten und dem Königreich Italien; sein Wunsch sei es, die Staaten zweiten Ranges mit einander zu verbinden.“

Das abermals auftauchende Gerücht, daß zwischen Paris und Rom Unterhandlungen wegen der Entfremdung des Königs Franz II. aus Rom im Gange seien, ist nach Angabe des Pariser Corr. der „FP.“ grundlos. Niemals sei diese Frage zum Gegenstand diplomatischer Unterhandlungen gemacht worden, möglicherweise habe der Marquis v. Lavalette in Privatgesprächen schon hier und da mit dem Cardinal Antonelli von derselben geredet. Uebrigens werde sich die französische Regierung, wie versichert wird, bei der Kammereröffnung in ihrer Darlegung der Lage Frankreichs näher über diesen Gegenstand aussprechen.

Dem „Giornale di Verona“ wird aus Rom geschrieben, daß „im Cabinet des Königs Franz II. gegenwärtig eine Anleihe im Werke sei; dieselbe werde wahrscheinlich mit Hilfe französischer Capitalisten zu-

Stand kommen und es sei zu diesem Zwecke eine Commission ernannt worden, zu der der Finanzminister gehöre.“

Bicomte d'Alte, der portugiesische Gesandte in Rom, ist von der Regierung abgerufen und in Bissabon angekommen. Es werden darüber verschiedene Vermuthungen laut. Es soll die officielle Correspondenz des Gesandten im Widerspruch zu den Forderungen des römischen Hofes in Bezug auf die Ernennung des Erzbischofs von Goa gestanden haben. Seiner Vergangenheit nach ist übrigens Bicomte d'Alte ein Gegner der jetzigen Dynastie und Verfassung Portugals.

Die Nachricht, daß der Fürst Kusa bei dem Kaiser angefragt haben soll, ob dieser gegen eine von ihm projectirte Reise nach Paris nichts einwenden werde, und daß er von Ludwig Napoleon eine ermunternde Antwort erhalten, wird in einem Pariser Schreiben der „FP.“ bezweifelt.

Im Haag ist man daran, ein liberales Ministerium zu bilden. Die „K. B.“ meldet: Der König hat Thorgecke zu sich entbieten lassen und eine sehr lang dauernde Unterhaltung mit demselben gepflogen, worauf Herr Thorgecke mit der Bildung eines neuen Cabinets betraut worden ist. Die Unterhandlungen haben bereits begonnen.

Zur deutsch-dänischen Frage gibt die „Patrie“ nicht unbedeutlich zu verstehen, daß sie einen Congress über dieselbe für bevorstehend halte. Sie schreibt nämlich: Wir sind unsförmlich geneigt, zu glauben, daß die dänisch-deutsche Differenz früher oder später dem Schiedspruch Europa's wird unterbreitet werden müssen, als wenn Deutschland die Competenz des deutschen Bundes in Bezug auf Holstein anrufen kann, da dieses Herzogthum zu demselben gehört, daselbst nicht für Schleswig gilt, welches einen Theil des Königreichs Dänemark bildet.

Die Nachricht mehrerer Blätter, daß in der Republik Venezuela ernste Rührerungen vorgefallen und Attentate auf angesehenen Ausländer verübt worden seien, wird vom „Pays“ für ungegründet erklärt.

Das jüngste Programm der Föderalisten wird von der Donauzeitung als der Gipfel des politischen Widerstandes dargestellt, als das Product einer verirrten Einbildungskraft, das sich jeder Kritik entzieht. Es hält die Vertheilung fester Recruten und Steuerquoten auf sämtliche Länder für ausführbar. Das Reich bürge sonach eine fixe Rente an Menschen und Geld von den Provinzen; die Reichsregierung wäre bloß ein unabsehbares besoldetes Directorium, das Reich selbst kein Reich mehr, sondern höchstens eine Institution. Das ist Föderalismus in seiner schlimmsten Gestalt, Wahnsinn ohne Methode. Und wenn die Landtage die Quoten nicht bewilligen? Dann mag die Reichsregierung sehen wie sie daraus kommt. Die Reichsregierung besäße einen Titel ohne Mittel. Zahl ein Land nichts, so sind die anderen Länder die Sündenböcke. Selbst der Absolutismus, den dieses Programm fördern will, wäre wesenlos, denn es stellt die Souveränität der Krone auf die umgekehrte Spitze; eine solche Verfassung wäre nicht conservativ, nicht liberal, sondern ein Ungeheuer, etwas nie und nirgend Dagewesenes. Die sinnreichen Urheber des Programms wollen die aristokratische ungarische Verfassung auch auf die anderen Länder ausdehnen; die Krone müßte in einer Provinz hülfeleihen, was sie in der anderen verwerfen müßte; sie müßte richtungs- und characterlos werden, wie das zu einem bloßen Sammelbegriffe erniedrigte Reich. Im Föderalismus liegt Gefahr für die kaiserliche Macht, für die Integrität und Wohlthat des Reiches. Der Absolutismus hatte einst eine civilisatorische und staatsbildende Seite in Oesterreich; er schuf ein Reich, ein welchbedeutendes Reich, nicht bloß ein Hotel zum römischen Kaiser. Heute ist der Absolutismus ein übermünder Standpunkt. Aber es gibt viele Oesterreicher, die den Absolutismus unbedingt einem solchen Programm vorziehen würden. Genug, um die Verirrung des politischen Geistes, dem das in Rede stehende Programm sein trauriges Dasein dankt, zu kennzeichnen.

Die von der „Donau“ mitgetheilte Rückäußerung der k. k. Regierung auf die Vorschläge der königlich sächsischen Regierung zu einer Reform des deutschen Bundes, lautet wie folgt:

1. Weisung an Frhrn. v. Berner in Dresden. Wien, den 5. Nov. 1861.

Durch die Gefälligkeit des Frhrn. v. Beust kennen Em. . . bereits so vollständig die Reformvorschläge des Dresdener Cabinets, so wie deren Motivirung, daß ich hochdenselben die betreffenden von dem

k. Gesandten mir vertraulich in Händen gelassenen Actenstücke, nämlich

eine jene Vorschläge formulirende Punctation, eine begleitende Denkschrift, dann zwei Erlasse an den Frhrn. v. Könneritz vom 20. und 21. October

nur noch zum Zwecke der Aufbewahrung bei den Gesandtschaftsacten in Abschrift zuzufertigen haben werde.

Wie dem k. sächsischen Hrn. Minister des Aeußeren durch den Frhrn. v. Könneritz berichtet worden sein wird, habe ich es mir zur Pflicht gemacht, seine wichtige Mittheilung unverweilt Sr. Maj. dem Kaiser zu unterlegen. In Vollziehung der a. h. Befehle befinde ich mich nunmehr in dem Falle, dem sächsischen Cabinet die Ergebnisse der reislichen Erwägung zur Kenntniß zu bringen, welcher seine Vorschläge hier unterzogen worden sind. Ich brauche nicht erst zu versichern, daß ich mich dieser Aufgabe in demselben Geiste offenen und freundschaftlichen Vertrauens erlöbigen werde, welchen Frhr. v. Beust seinerseits durch die vorläufige Mittheilung seines Entwurfes uns von neuem hat betheiligen wollen.

Vorausgeschickt muß ich übrigens die Bemerkung, daß man hier nicht geglaubt hat, eine umfassende Prüfung des Dresdener Projectes in allen seinen Einzelheiten schon in der jetzigen Lage der Sache vornehmen zu sollen. Man hat nur beabsichtigen können, vorläufig in einigen besonders wichtigen Beziehungen die allgemeinen Gesichtspunkte aufzustellen, welche Angeichts der Vorschläge Sachens für das Urtheil der kais. Regierung vorzugsweise maßgebend sein müssen. Ich zweifle nicht, daß gerade dieses Verfahren der Intention der k. sächsischen Regierung vollkommen entspreche.

Eine Aufzeichnung, welche diesem Erlasse beiliegt, gibt die wesentlichsten der Betrachtungen in kurzen Zügen wieder, welche unserm Geiste bei der Beschäftigung mit einer Vorlage von so großer Tragweite dargeboten haben.

Frhr. v. Beust wird den Eindruck empfangen, — wir können uns Dies nicht verhehlen, — daß unsere Bemerkungen sich nicht bloß gegen untergeordnete und ohne Schwierigkeit aufzuopfernde Nebenpunkte seines Planes richten, sondern daß sie diesen Plan in einigen seiner Grundgedanken und in einem großen Theile seiner Dekonomie berühren. Wir fühlen sehr wohl, daß wir mehr gegen als über mehrere Punkte der Vorschläge Sachens sprechen. Aber sicher wird das k. Cabinet uns glauben, daß wir nur nach gewissenhafter Ueberlegung uns entschließen, Bedenken von so eingreifender Art geltend zu machen. Wir sind überzeugt von dem Zwecke, eine Reform der deutschen Bundesverfassung im volkethümlichen Sinne zu Stande zu bringen; wir halten für angezeigt, daß die deutschen Mittelstaaten die Initiative in dieser Richtung ergreifen, und mit unserer vollen Zustimmung hat Frhr. v. Beust die Aufgabe, das Programm einer solchen Reform zu entwerfen, übernommen. Bei Einwendungen von geringem Gewichte würden wir uns bei solcher Lage der Dinge gewiß nicht aufhalten. So wie wir uns aber seither solches Urtheil vorbehalten mußten, bis der früher nur in den allgemeinsten Umrisse angedeutete Plan uns in mehr ausgebildeter Form vorliegen würde, so verlangt die Größe des Gegenstandes, daß wir jetzt, nachdem Dies der Fall ist, nicht etwa aus Vorliebe für den Zweck oder für die Art, wie das Project enstanden, die Zweifel die es in uns hervorruft, unterdrücken oder abschwächen. Und in solchem Geiste empfehlen wir denn die auf den beiliegenden Blättern aufgezeichneten Bemerkungen der ernstlichen Beachtung des k. sächsischen Herrn Ministers.

An die Ergebnisse seiner Würdigung unserer Ansichten wird sich dann die weitere Rücksprache zu knüpfen haben.

In einem Hauptpunkte glauben wir jedoch einem Einwande, der dem Frhrn. von Beust vielleicht nahe liegen wird, in voraus begegnen zu sollen.

Wenn wir für unsere Einwilligung in das Alterna mit Preußen die Voraussetzung festhalten, daß der deutsche Bund sich in seiner Eigenschaft als Gesamtheit macht durch Ausdehnung seines Vertheidigungssystems auf die außerdeutschen Besitzungen Oesterreichs und Preußens consolidire, so wird man in Dresden die Frage in Bereitschaft haben, ob denn bei dem jetzigen Stande der Dinge ein Versuch, diese Voraussetzung zu verwirklichen, mit irgend einer Aussicht auf Erfolg unternommen werden könne?

Bejahen können wir diese Frage nicht. Wir selbst stehen in keiner Unterhandlung über diesen Punkt, und wir können auf kein Symptom verweisen, welches uns berechtigt, einen Dritten zu neuer Anregung des Gedankens der Gesamtheit-Garantie des Besitzlandes der deutschen Mächte zu ermuntern. Aber wann wirklich

